

medico international / Informationsbüro Nicaragua e.V.
Deweerthstraße 8
42017 Wuppertal

Wahlprüfsteine zur Problematik von Landgrabbing und Expansion von Monokulturen in den Ländern des globalen Südens durch die Förderung von Agrokraftstoffen

1. Kraftstoffe aus Biomasse (Agrokraftstoffe) sind in den vergangenen Jahren durch Beimischungsquoten, Investitionsanreize und steuerliche Vergünstigungen stark gefördert worden. In vielen Ländern des globalen Südens hat dies mit beigetragen zu einer erheblichen Zunahme des Anbaus von Energiepflanzen in Monokulturen. Die neu entstandenen Großplantagen werden mit hohem Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Herbiziden betrieben. Um eine hohe Produktivität zu garantieren, kommen teilweise Chemiecocktails mit bis zu 26 Pestiziden zum Einsatz, die flächendeckend von Flugzeugen oder von großen Besprühungsanlagen aufgebracht werden. Die Folgen für die Plantagenarbeiter_innen und die in der Nähe der Felder lebenden Familien sind furchtbar: Niereninsuffizienz in den Zuckerrohrplantagen oder Leukämie in der Sojaproduktion sind nur die bekanntesten Fälle. (Näheres hierzu unter <http://www.tankund-tellerrand.net/>)

Agrokraftstoffe erfüllen zudem nicht, was sie versprechen - nämlich die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Gegenteil: Durch den expandierenden Anbau von Energiepflanzen (insbesondere Ölpalme, Zuckerrohr und Soja) für Agrarkraftstoffe werden Wälder und Grünland zu Ackerflächen umgenutzt; große Mengen an Kohlendioxid werden dadurch freigesetzt. Die Agrarkraftstoff-Beimischungsziele müssen daher auf den Prüfstand.

Auch aufgrund der Kritik von NGO hat die Umweltkommission der EU im Juli 2013 beschlossen, dass die Erhöhung des Anteils von Agrokraftstoffen im Verkehrssektor auf 10% im Jahr 2020 auf 5,5% begrenzt werden solle.

Wie steht Ihre Partei zur Rücknahme der Beimischungsquote durch die Umweltkommission? Was bedeutet das für die Umsetzung der Vorgaben in Deutschland hinsichtlich des Biokraftstoffquotengesetz (BioKraftQuG) und des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)? Was wird Ihre Partei tun, um die Ausbreitung des gesundheitsschädigenden und nicht nachhaltigen Monokulturanbaus in den Ländern des Südens einzuschränken?

Die von Ihnen beschriebenen Probleme sehen wir auch so. Die Produktion von Energiepflanzen darf nicht mit der Nahrungsproduktion in Wettbewerb stehen und die Landwirtschaft muss nachhaltig betrieben werden um eine gesunde Umwelt zu erhalten und gesunde Produkte zu liefern.

Für Biokraftstoffe, die aus speziell dafür angebauten Pflanzen gewonnen werden, sehen wir keine Zukunft. Eine Herstellung von Kraftstoffen aus Abfällen sehen wir als sinnvoll an.

Dazu möchten wir unser umwelt- und energiepolitisches Grundsatzprogramm zitieren:

Die Piratenpartei steht für Nachhaltigkeit. Deshalb wollen wir so handeln, dass auch in Zukunft die Grundlagen für eine würdige Existenz in Freiheit vorhanden sind. Voraussetzung dafür ist ein transparenter und verantwortungsvoller Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Wir wollen eine gesunde und natürliche Umwelt erhalten. Dies bedeutet die Reduktion des Eintrages von schädlichen Stoffen in unsere Umwelt und den Schutz und die Wiederherstellung von Naturräumen, insbesondere denen mit einer hohen Artenvielfalt.

Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Dafür müssen endliche und regenerative Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Um nachfolgenden Generationen auch

Möglichkeiten zu erhalten sollen generative Ressourcen in großem Umfang genutzt werden und soweit möglich die Verwendung von endlichen und regenerativen Ressourcen ersetzen.

Wir wollen eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur. Dies bedeutet eine Umstellung von endlichen Energieträgern auf generative und regenerative Energiequellen. Regenerative Energieträger sollen dabei nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit genutzt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen stehen. Außerdem wollen wir eine transparente dezentralisierte Erzeugerstruktur. Nur so kann eine Partizipation jedes Bürgers erreicht und Monopolstellungen verhindert werden.

2. Assoziierungsabkommen zwischen EU und Zentralamerika (AdA) schafft weitere Anreize für die Expansion der Monokulturen für Agrokraftstoffe

Mit dem Inkrafttreten des AdA und der damit verbundenen massiven Ausweitung der Agrokraftstoffproduktion kommt es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Landvertreibungen. Auch die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung warnte bereits vor dem „Druck auf die Landnutzung, wenn die Folgen von Bergbau, Abholzung und Agrartreibstoff-Produktion mit einbezogen werden.“ Die Förderung der Privatisierung der Wasserversorgung könne für „besonders verletzte Gruppen einen verringerten Zugang bedeuten“.

Ein Abkommen, welches Anreize für eine weitere Expansion der Agrokraftstoffe durch zollfreien EU-Zugang und einen Vorrang für den Investitionsschutz europäischer Konzerne in Zentralamerika schafft, wird daher voraussichtlich zu einer Verschärfung der Konflikte beitragen. Gefährdungen für das Recht auf Nahrung und auf sauberes Wasser sind zu erwarten.

Wie steht Ihre Partei zu Handelsliberalisierungen und den zu erwartenden Auswirkungen auf besonders verletzte Gruppen und Organisationen? Was wird Ihre Partei unternehmen, um nachteilige soziale, ökologische und gesundheitliche Folgen von Handelsliberalisierungen für die Menschen in den Ländern des Globalen Südens abzuwenden?

Wir sehen Abkommen, die zu einer Senkung von sozialen und ökologischen Standards führen, generell kritisch. Abkommen von solcher Tragweite dürfen nach unserer Meinung ohne Bürgerbeteiligung weder verhandelt, noch ratifiziert werden und auf keinen Fall die Rechte und das Leben der Bürger beschneiden.

3. Weniger Auto statt mehr Agrosprit – oder weiter wie bisher beim Individualverkehr?

Der Straßenverkehr in der EU wuchs zwischen 1997 und 2007 um 43 Prozent. Das Verkehrsministerium erwartet bis 2015 eine weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens. Der Personenverkehr wird voraussichtlich um 20, der Güterverkehr um bis zu 70, und der Güterfernverkehr um 80 Prozent wachsen. Dabei ist der Verkehr EU-weit schon heute für über 25 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Ein solches Transportaufkommen ist unsinnig und hat verheerende Auswirkungen auf Mensch, Natur und Klima. Die Klimaziele im Verkehr können durch eine intelligente Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, die auf den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und auf Vermeidung unsinniger Transportwege und ein bewussteres Mobilitätsverhalten setzt, deutlich umwelt- und sozialverträglicher erreicht werden als durch das Verbrennen von Nahrungsmitteln und die Zerstörung der letzten Naturflächen.

Welche Lösungsansätze verfolgt Ihre Partei für die Verkehrspolitik und für die Reduktion des immensen CO₂-Ausstoßes im Verkehr? Welche Rolle soll nach Auffassung Ihrer Partei diesbezüglich dem Anbau von Energiepflanzen, insbesondere aus den Ländern des Globalen Südens, zufallen?

Dem Anbau von Energiepflanzen soll dazu möglichst kein Anteil zufallen. Der Import von Biomasse würde hier auch zu einem vermehrten, einseitigen Stoffstrom führen, der noch mehr der von den Pflanzen aufgenommenen Nährstoffe aus dem Erzeugerland abtransportiert.

Wir sehen die Lösung in der Entwicklung alternativer Technologien, wie Elektromobilität, sowie

Wasserstoff oder Synthesegas aus Überschussstrom. Dazu setzen wir auf verbesserte Angebote und Strukturen von ÖPNV und iÖPNV und einen Wandel im Mobilitätsverhalten, wie es im urbanen Bereich bereits zu sehen ist.

4. Entschädigung der Opfer der Agrokraftstoffproduktion

Die Produktion von Agrokraftstoffen in Nicaragua wird nicht nur durch die europäische Nachfrage, sondern auch durch die Förderpolitik Deutschlands in die Höhe getrieben: In einer parlamentarischen Anfrage an die deutsche Bundesregierung bestätigte diese Anfang 2012 einen Kredit der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG), Tochter der staatlichen KfW-Bankengruppe, von 10 Mio. US-Dollar an die Grupo Pellas (Nicaragua), womit ein Kredit der Weltbank-Tochter für Risikofinanzierungen IFC (International Finance Corporation) von insgesamt 55 Mio. US-Dollar langfristig abgesichert wurde. Damit sollten Investitionen getätigt, die Produktivität gesteigert und die Agrospritproduktion um 25-30% erhöht werden. Einen Zusammenhang zwischen den gesteigerten Hektarerträgen, dem erhöhten Pestizideinsatz und der daraus folgenden Wasserverunreinigung und Zunahme von Niereninsuffizienzerkrankungen wies die Bundesregierung als unbewiesen zurück. (siehe: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/084/1708437.pdf>)

Da aber die Produktionsausweitung und -intensivierung eine direkte Folge auch der europäischen und deutschen Agrar- und Energiepolitik ist, erheben Betroffenen- Selbstorganisationen und Nichtregierungsorganisationen die Forderung nach einem Kompensationsfonds für die von der Chronischen Niereninsuffizienz betroffenen PlantagenarbeiterInnen. Dieser soll sich zu einem Teil aus öffentlichen Mitteln (EU-Mittel sowie Mittel aus dem Bundeshaushalt) speisen und zum anderen Teil aus den Gewinnen von Unternehmen der Privatwirtschaft, die in den Bereichen Produktion, Handel und Vermarktung von Agrokraftstoffen in bzw. aus den Ländern des globalen Südens tätig sind.

Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung eines solchen Kompensationsfonds?

Schnelle Hilfe für die Betroffenen ist mit Sicherheit ein notwendiger erster Schritt, viel wichtiger ist es aber, die Missstände, die dazu führen, abzustellen.